

Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
(118. - öffentliche - Sitzung am 9. März 2017)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7146](#)

dazu: Eingabe 3249-08

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Psychotherapeutenkammer Niedersachsen
- Ärztekammer Niedersachsen
- Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung
- Landesfachbeirat Psychiatrie
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener in Niedersachsen (LPEN e. V.)
- Arbeitsgemeinschaft der Angehörigen psychisch Kranker in Niedersachsen und Bremen e. V. (AANB e. V.), Seelhorst Stiftung
- Niedersächsische Psychiatriekonferenz
- Nds. Arbeitskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie
- Niedersächsischer Pflegerat
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe DBfK Nordwest e. V.
- Matthias Koller
- Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7278](#)

Der Ausschuss legte einvernehmlich den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung in der Sitzung am 30. März 2017, Beginn 9.30 Uhr, sowie für die schriftliche Anhörung fest.

3. a) **Hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6405](#)
- b) **Ärztliche Ausbildung, Anerkennung und Niederlassung für die hausärztliche Versorgung in Niedersachsen sicherstellen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/7418](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge ab. Jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - bei Abwesenheit der FDP-Fraktion - empfahl er dem Landtag, den Antrag zu a) abzulehnen und den Antrag zu b) in unveränderter Fassung anzunehmen.

4. **Beschlussfassung über einen Antrag der Fraktion der CDU vom 7. März 2017 auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Klageverfahren „Mediclin Soltau gegen das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung“**

Der Ausschuss kam überein, die Unterrichtung durch die Landesregierung in der Sitzung am 16. März 2017 entgegenzunehmen.